

Landkreis Ravensburg

den 29. Nov. 2018

Niederschrift

über die Sitzung des Verwaltungsausschusses
am 18.10.2018 im Landratsamt Außenstelle Weingarten, Sauterleutestr. 34, Weingarten,
Sitzungssaal Raum 009

Dauer 14:30 Uhr bis 18:15 Uhr

Normalzahl: Der Vorsitzende und 20 Mitglieder

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Landrat Harald Sievers

stellvertr. Vorsitzende/r

Frau Eva-Maria Meschenmoser

CDU

Herr Elmar Buemann

Herr Rolf Engler

Herr Hans-Jörg Henle

Herr Karl Immler

Herr Peter Müller

in Vertretung für KR A. Müller

Herr Dr. Daniel Rapp

Herr Volker Restle

Herr Robert Stützele

FWV

Herr Jochen Fischinger

Herr Rainer Magenreuter

Herr Bernhard Schultes

Herr Oliver Spieß

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Liv Pfluger

Herr Dr. Ulrich Walz

SPD

Herr Rudolf Bindig

Frau Gisela Müller

in Vertretung für KR Marquart

ÖDP

Herr Siegfried Scharpf

FDP

Herr Daniel Gallasch, M. A.

Die Linke

Herr Wolfgang Nippe

Protokollführer

Frau Monika Diem

von der Verwaltung

Herr Franz Baur

Dezernent Finanzen, Schulen und Infrastruktur

Herr Walter Sieger

Dezernent Kreisentwicklung, Wirtschaft und ländlicher Raum

Herr Gerd Hägele

Dezernent Recht, Ordnung und Landwirtschaft

Heidi Wucherer

Amtsleiterin Verkehrsamt, zu TOP 5

Abwesend:

CDU

Herr Axel Müller, MdB

wird von KR P. Müller vertreten

Bündnis 90 / Die Grünen

Frau Dr. Margret Brehm

SPD

Herr Rainer Marquart

wird von KRin G.Müller vertreten

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung
2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

3. 0125/2018
Annahme von Spenden
4. 0083/2018
PRO REGIO Oberschwaben Gesellschaft für Landschaftsentwicklung GmbH
- Jahresabschluss 2017

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

5. 0107/2018
Neuausrichtung des ÖPNV im Landkreis Ravensburg

Mitteilungsvorlagen

6. 0076/2018
Haushaltsvollzug 2018 - Finanzbericht zum Stichtag 31.08.2018
7. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Nichtöffentliche Sitzung

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

8. 0072/2018
Jahresabschluss 2017 - Landkreis Ravensburg

Angelegenheiten der Wirtschaftsbeauftragten

9. 0113/2018
Sozialer Wohnungsbau im Landkreis Ravensburg

Mitteilungsvorlagen

10. 0075/2018
Beteiligungsbericht 2017

11. Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses wurden am 01.10.2018 zu dieser Sitzung eingeladen.

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und dass das Gremium beschlussfähig ist.

Öffentliche Sitzung

1. Änderung der Tagesordnung

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

2. Protokoll der vorausgegangenen Sitzung

Zu dem Protokoll der Sitzung vom 03.07.2018 gibt es keine Änderungswünsche.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

3. 0125/2018

Annahme von Spenden

Beschlussentwurf:

Der Annahme der in der Anlage dargestellten Spenden wird zugestimmt.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. 0083/2018

PRO REGIO Oberschwaben Gesellschaft für Landschaftsentwicklung GmbH - Jahresabschluss 2017

Beschlussentwurf:

Die Erste Landesbeamtin, Frau Eva-Maria Meschenmoser, wird angewiesen, in der Gesellschafterversammlung der PRO REGIO GmbH ihre Zustimmung zu folgenden Entscheidungen zu erteilen:

1. Feststellung des Jahresabschlusses 2017 mit einem Jahresfehlbetrag von 42.348,85 € und einer Bilanzsumme in Höhe von 203.601,99 €.
2. Der im Jahresabschluss ausgewiesene Jahresfehlbetrag 2017 in Höhe von 42.348,85 € wird aus dem Gewinnvortrag der Vorjahre abgedeckt.
3. Entlastung der Geschäftsführerin Frau Christine Funk und des Beirates.
4. Die Abschlussprüfung für die Jahre 2017 und 2018 erfolgt durch das Kommunal- und Prüfungsamt des Landratsamts Ravensburg.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Angelegenheiten des Verkehrsamtes

5. 0107/2018

Neuausrichtung des ÖPNV im Landkreis Ravensburg

Frau Wucherer stellt die Neuausrichtung des ÖPNV im Landkreis Ravensburg mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR S. Scharpf beklagt sich über den zunehmenden Straßenverkehr im Landkreis. Er führt aus, dass sich die Kommunalpolitik verstärkt um die Reduzierung des Verkehrsaufkommens kümmern sollte.

KR Restle fordert, dass in die ÖPNV-Strategie ein überregionales Busnetz über Memmingen, Leutkirch, Kißlegg, Wilhelmsdorf, Marktdorf und Konstanz mit aufzunehmen sei. Ebenso sollte die Ausschreibung zur Erarbeitung einer Strategie für den ÖPNV auch mittelständische Unternehmen berücksichtigen.

KR Spieß erkundigt sich, inwieweit die Bodensee-Oberschwaben Verkehrsverbund GmbH (bodo) bereits in die Thematik involviert sei.

KR Dr. Walz erhofft sich durch die Erarbeitung einer Strategie für den ÖPNV eine wesentliche Entlastung auf den Straßen. Er fordert den Ausbau des Busverkehrs mit zusätzlichen Busspuren, damit die Anschlussverbindung gewährleistet werden kann. Zudem empfiehlt er, eine Bundes- oder Landesförderung zu beantragen.

KR Bindig befürwortet den Beschlusssentwurf. In einem weiteren Schritt könne entschieden werden, welche konkreten Maßnahmen umgesetzt werden sollten.

Der Vorsitzende erläutert den Verfahrensgang. Drei Anbieter werden ihr Konzept zur ÖPNV-Strategie in der nächsten Verwaltungsausschusssitzung am 04.12.2018 vorstellen. Die Entscheidung über die Vergabe des Auftrags an ein Fachbüro treffe der Verwaltungsausschuss.

Frau Wucherer berichtet, dass auch kreisübergreifende Buslinien in der Untersuchung berücksichtigt werden. Sie führt aus, dass für die Vorstellung der Fachbüros bereits gezielte Fragen zur Umsetzung der Strategie überlegt wurden. Die Gremienmitglieder können bei der Vorstellung ebenfalls Fragen an die Fachbüros stellen. Sie teilt mit, dass im Rahmen der Erarbeitung einer Strategie für den ÖPNV zusätzlich eine Verkehrserhebung separat ausgeschrieben wurde und dabei auch mittelständische Unternehmen berücksichtigt werden.

KR S. Scharpf schlägt zur Entlastung des Straßenverkehrs vor, die Bildung von Fahrgemeinschaften durch das Landratsamt zu organisieren. Er ist der Meinung, dass durch Restriktionen der Straßenverkehr in den Städten verringert werden könnte.

KR Henle befürwortet den Beschluss. Er empfiehlt, die Pendlerströme im Landkreis zu untersuchen. Er betont, dass auch mittelständische Unternehmen die Möglichkeit zur Angebotsabgabe haben sollten.

KR Engler bittet, die „Neuausrichtung des ÖPNV“ als Unterthema und als Hauptthema die „Mobilität“ zu nennen, um nicht nur eine Verbesserung des ÖPNV zu erreichen. Er schlägt beispielsweise vor, in der Nähe von öffentlichen Haltestellen auch Abstellmöglichkeiten für Pkw zur Verfügung zu stellen (Park and Ride). Er merkt an, dass in die Untersuchung auch die Öffnungszeiten von Unternehmen untersucht werden sollten, damit dieser Personenkreis künftig mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Arbeit gelangen könnten.

KRin Müller stimmt KR Engler hinsichtlich des Hauptthemas „Mobilität“ zu. Sie zieht den Vergleich zu der Fahrt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln im Schwarzwald und in Südtirol.

KR Schultes erkundigt sich nach dem geplanten Zeitraum des Projekts. Er empfiehlt, die ÖPNV-Strategie mindestens bis zum Jahr 2030 zu planen.

KR Dr. Walz erkundigt sich, ob ein ÖPNV-Konzept für den CenterParcs in Leutkirch erstellt werde.

KR Henle bejaht dies und führt aus, dass der Ausbau des Radweges und vor Ort eine stündliche Busabfahrt vorgesehen seien.

Frau Wucherer berichtet, dass die Pendlerströme zwischen den Kommunen im Landkreis ausgewertet werden. Sie weist auf das Linienbündelungskonzept bezüglich der Genehmigungslaufzeiten hin.

Auf die Frage von KR Schultes antwortet Frau Wucherer, dass noch kein konkreter Zeitraum für das Konzept festgehalten wurde.

KRin Pfluger widerspricht KR Engler und führt aus, dass zunächst eine ÖPNV-Strategie erstellt werden müsse. Sie ergänzt, dass nun der ÖPNV-Bedarf von Kommunen ermittelt werden müsse, um die Umsetzung fortführen zu können.

Der Vorsitzende führt das Ziel des neuen Nahverkehrsplanes aus. Er erklärt, dass eine Differenzierung zwischen eigenwirtschaftlichen und gemeinwirtschaftlichen Verkehren notwendig sei. Bei diesem Projekt sollte möglichst die Eigenwirtschaftlichkeit Leitbild bleiben.

KR Dr. Rapp lobt die Vorgehensweise. Man müsse sich stets am Bedarf orientieren, um daraus die Kosten für die Eigenwirtschaftlichkeit abzuleiten. Könne die Eigenwirtschaftlichkeit nicht sichergestellt werden, müsse man im Verfahren offen bleiben.

Beschlussentwurf:

Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Erarbeitung einer Strategie für den ÖPNV im Landkreis Ravensburg mit den unter II. aufgeführten Zielsetzungen, die Unterstützung eines geeigneten Fachbüros in Anspruch zu nehmen. Der Auftrag kann bei Bedarf auch auf verschiedene Fachbüros aufgeteilt werden.

Die Entscheidung zur Vergabe des Auftrags an ein Fachbüro trifft der VWA nach Möglichkeit in seiner Sitzung am 4.12.2018, alternativ in der ersten Sitzung 2019.

Beratungsergebnis: einstimmig beschlossen

Mitteilungsvorlagen

6. 0076/2018

Haushaltsvollzug 2018 - Finanzbericht zum Stichtag 31.08.2018

Herr Baur stellt den Finanzbericht zum Stichtag 31.08.2018 mit einer PowerPoint-Präsentation vor.

KR Henle lobt die Verwaltung für die geleistete Arbeit. Er führt das Prinzip der Solidargemeinschaft aus und stellt fest, dass die Kommunen besonders auch durch die Umstellung auf Doppik bis zum Jahr 2020 einer großen finanziellen Belastung ausgesetzt seien. Er ist der Meinung, dass die Kreisumlage gesenkt werden müsse. Er möchte wissen, mit welchen Risiken der Landkreis in Zukunft zu rechnen habe.

KR Spieß unterstreicht, dass vielen Kommunen für die Umsetzung von Aufgaben finanzielle Mittel fehlen würden und die Abschreibung nicht erwirtschaftet werden könne. Daher sollte mit Unterstützung des Landkreises eine Lösung für das Problem gefunden werden. Zudem bemängelt er die zur Verfügung stehenden Finanzmittel des Landes für den Breitbandausbau.

KR Dr. Rapp unterstreicht, dass Gemeinden viele Baumaßnahmen aus finanziellen Gründen nicht leisten könnten. Er ist der Meinung, dass sich die Höhe der Kreisumlage aus dem tatsächlichen Bedarf des Landkreises berechnen sollte. Er führt aus, dass der Landkreis durch die derzeitige hohe Kreisumlage zu viel Geld erhalten würde.

KR Gallasch lobt die stets fristgerechten Jahresabschlüsse der Verwaltung. Er teilt mit, dass er eine Kommunalumfrage bezüglich der Höhe der Planzahlen bei Umstellung auf Doppik durchführen werde.

KR Bindig gesteht zu, dass der Landkreis weitere Finanzmittel aufgrund zusätzlicher Aufgabenerfüllung, wie im Bereich des ÖPNV, benötige. Dennoch ist er der Meinung, dass der Gewinn des Landkreises zu hoch sei.

Herr Baur berichtet, dass der Haushaltplan des Landkreises lediglich abzeichne, was der Kreistag an Aufgaben beschlossen habe. Er führt aus, dass gegenüber den Kommunen stets fair geplant wurde. Er teilt mit, dass unter anderem aufgrund der Fluktuation Personalaufwendungen von rund 1,25 Mio. € eingespart wurden und dies nicht vorhersehbar war. Ebenso seien bei der Haushaltsaufstellung die Unterstützungsleistungen des Landes für die Flüchtlingsunterbringung nicht bekannt gewesen.

Beratungsergebnis: zur Kenntnis genommen

7. **Mitteilungen und Anfragen (von Mitgliedern des Kreistages)**

Grundstück Schützenstraße

KR Engler fragt, ob auf dem Grundstück „Schützenstraße“ ein Parkplatz entstehen könnte, sobald die dortigen Flüchtlinge umgesiedelt wurden.

Herr Baur antwortet, dass er sich hinsichtlich der Nachnutzung des Grundstücks mit Oberbürgermeister KR Dr. Rapp abstimmen werde.

Verwaltungsausschuss am 18.10.2018:

Bekanntgabe der im nichtöffentlichen Teil der Sitzung gefassten Beschlüsse

Angelegenheiten der Finanzverwaltung

8. 0072/2018

Jahresabschluss 2017 - Landkreis Ravensburg

Beschlussentwurf:

1. Feststellungsbeschluss

Auf Grund von § 95 b Gemeindeordnung (GemO) i.V.m. § 48 Landkreisordnung (LKrO) stellt der Kreistag am 25.10.2018 den Jahresabschluss für das Jahr 2017 mit folgenden Werten fest:

		EUR
1.	Ergebnisrechnung	
1.1	Summe der ordentlichen Erträge	414.198.858
1.2	Summe der ordentlichen Aufwendungen	-381.196.111
1.3	Ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2)	33.002.747
1.4	Außerordentliche Erträge	4.877.058
1.5	Außerordentliche Aufwendungen	-544.301
1.6	Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5)	4.332.757
1.7	Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6)	37.335.504

2.	Finanzrechnung	
2.1	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	388.707.292
2.2	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-367.081.053
2.3	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf der Ergebnisrechnung (Saldo aus 2.1 und 2.2)	21.626.239
2.4	Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.852.560
2.5	Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-15.945.151
2.6	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5)	-12.092.592

2.7	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6)	9.533.647
2.8	Summe der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-143.801
2.9	Summe der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-1.226.919
2.10	Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9)	-1.370.720
2.11	Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus 2.7 und 2.10)	8.162.927
2.12	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus haushaltsunwirksamen Einzahlungen und Auszahlungen	123.015
2.13	Anfangsbestand an Zahlungsmitteln	36.093.631
2.14	Veränderung des Bestands an Zahlungsmitteln (Saldo aus 2.11 und 2.12)	8.285.942
2.15	Endbestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus 2.13 und 2.14)	44.379.573

3.	Bilanz	
3.1	Immaterielles Vermögen	339.890
3.2	Sachvermögen	194.104.774
3.3	Finanzvermögen	189.028.370
3.4	Abgrenzungsposten	17.296.843
3.5	Nettoposition	0
3.6	Gesamtbetrag auf der Aktivseite (Summe aus 3.1 bis 3.5)	400.769.876
3.7	Basiskapital	-223.625.572
3.8	Rücklagen	-44.618.233
3.8.1	Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	-34.618.233
3.8.2	Investitionsrücklagen	-10.000.000
3.9	Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses	0
3.10	Sonderposten	-66.910.380
3.11	Rückstellungen	-32.596.530
3.12	Verbindlichkeiten	-30.929.743
3.13	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	-2.089.418
3.14	Gesamtbetrag auf der Passivseite (Summe aus 3.7 bis 3.13)	-400.769.876

Feststellung und Aufgliederung des Jahresergebnisses:

Stufen der Ergebnisverwendung und des Haushaltsausgleichs	Ergebnis des Haushaltsjahres		vorgetragene Fehlbeträge des ordentlichen Ergebnisses aus dem			Rücklagen aus Überschüssen des		Basis-kapital	
	Sonder-ergebnis	Ordentliches Ergebnis	Vorjahr	zweitvorange-gangenen Jahr	drittvorange-gangenen Jahr	ordentlichen Ergebnisses	Sonder-ergebnisses		
	EUR ²⁾								
	1	2	3	4	5	6	7		8
1 Ergebnis des Haushaltsjahres bzw. Anfangsbestände	4.332.757	33.002.747	0	0	0	161.655.165	0	69.253.136	
3 Zuführung eines Überschusses des ordentlichen Ergebnisses zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses		-33.002.747				33.002.747			
7 Zuführung eines Überschusses des Sonderergebnisses zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	-4.332.757						4.332.757		
13 vorläufige Endbestände						194.657.912	4.332.757	69.253.136	
14 Umbuchung aus den Ergebnissrücklagen in das Basiskapital nach § 23 Satz 3 GemHVO						-150.039.679	-4.332.757	154.372.436	
15 Endbestände						44.618.233	0	223.625.572	

- Der Prüfungsbericht des Kommunal- und Prüfungsamts wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: einstimmig empfohlen

Angelegenheiten der Wirtschaftsbeauftragten

9. 0113/2018

Sozialer Wohnungsbau im Landkreis Ravensburg

Beschlussentwurf

Alternative A: entsprechend dem Antrag der SPD Fraktion vom 18.12.2018:

1. Der Landkreis Ravensburg unterstützt mit einem eigenen Zuschussprogramm die Kommunen bei der Förderung des sozialen Wohnungsbaus.
2. Der Förderrichtlinie in der vorgelegten Fassung wird zugestimmt.
3. Die Höhe der jährlichen Fördermittel wird jeweils im Rahmen der Beschlussfassung zum Kreishaushalt festgelegt. Für 2019 wird vorgeschlagen ein Betrag i.H.v. x Mill € in den Haushalt einzustellen.
4. Eine Förderperiode von y Jahren wird vorgesehen.

Alternative B: Beschlussentwurf der Verwaltung

Der Landkreis Ravensburg sieht sich im Bereich des sozialen Wohnungsbaus nicht als Akteur, der dieses Aufgabenfeld unter dem Einsatz von Finanzmitteln unterstützt. Vielmehr wird der in der Sitzung am 22.03.2016 gefasste Beschluss nochmals bekräftigt, nachdem den Städten und Gemeinden eine intensive Prüfung der von den beiden im Landkreis etablierten und erfahrenen gemeinwohlorientierten genossenschaftlichen Wohnungsbauunternehmen angebotenen Projektentwicklungs- und Partnerschaftskonzepten empfohlen wird.

Modifizierter Beschlussentwurf aufgrund des Antrags von KR Bindig:

Der Kreistag bekräftigt seinen Beschluss vom 19.12.2017:

Der Landkreis Ravensburg soll als Akteur und mit dem Einsatz von Mitteln im Bereich des sozialen Wohnungsbaus tätig werden.

Beratungsergebnis: mehrheitlich **modifiziert** empfohlen

Z. B.

Vorsitzender

Landrat Harald Sievers

Stellvertr. Vorsitz

entfällt

Schriftführerin

Monika Diem

Kreisräte

Jochen Fischinger

Liv Pfluger